

Ausgabe 2.2018

Magazin der FPÖ Steiermark

Wien Steirer

KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH



Zusammen. Für unser Österreich

Islam-Studie bestätigt
freiheitliche Warnungen

Norbert Hofer
im Interview

Macht braucht
Kontrolle

FPÖ 
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!



„Uns reicht es. Wir wollen nicht länger zuschauen, wie de facto alle Österreicher zur Zahlung einer ORF-Gebühr verpflichtet werden, um die unter Wrabetz ausgefertigten Missstände weiter zu finanzieren“, so FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky zum Thema ORF-Gebühren.

In der aktuellen Ausgabe des Magazins „Wir Steirer“ werden neben wichtigen landespolitischen Ereignissen vor allem auch die ersten Weichenstellungen der neuen Bundesregierung in den Bereichen Sicherheit und Infrastruktur näher beleuchtet. Seit Bildung der türkis-blauen Koalition war es unser stetiger Anspruch, die Bevölkerung über sämtliche Projekte und Vorhaben umfassend zu informieren. Besonders wichtig ist es mir, die Maßnahmen in meinem Heimatbundesland Steiermark entsprechend hervorzuheben.

Abseits des Wiener Politparketts verfolge ich auch die Aktivitäten der schwarz-roten Landesregierung genau mit. Es zeichnet sich zunehmend ein Bild des inhaltlichen Stillstands ab, was nicht zuletzt an der teils orientierungslos



agierenden SPÖ liegen dürfte. Einerseits versuchen die steirischen Sozialdemokraten gegen die neue Bundesregierung zu opponieren und andererseits wollen sie die Zusammenarbeit mit der Steirischen Volkspartei aus machtpolitischen Überlegungen nicht aufs Spiel setzen. Dieses unübersehbare Doppelspiel hat zweifelsohne negative Auswirkungen auf die Grüne Mark. So wird es für die SPÖ ausgesprochen schwierig sein, eine sachpolitisch vernünftige Arbeitsgrundlage mit ihrem türkis-schwarzen Regierungspartner aufrechtzuerhalten.

Die FPÖ Steiermark bleibt hingegen sowohl im Landtag als auch auf Kommunalebene ihrem konstruktiven Kurs im Sinne der Steirer treu. Wir sind die klare Alternative zu dieser schwarz-roten Landesregierung, die ihr Ablaufdatum schneller als erwartet erreicht haben dürfte.

**Ihr Mario Kunasek,
Landesspartenobmann der FPÖ**

Starke Inhalte für



In den vergangenen sechs Wochen tourten Landesparteiobmann-Stellvertreter NABg. Hannes Amesbauer und der Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs Stefan Hermann durch die Steiermark. Die beiden stellten in allen Bezirken die wesentlichsten Eckpunkte des 182-seitigen Regierungsprogramms vor. Dabei wurden nicht nur die wichtigsten bundespolitischen Absichtserklärungen der neuen Regierung erläutert, sondern auch viele Vorhaben mit Regionalbezug dargelegt.

Positive Auswirkungen für die Grüne Mark

Besonders hervorgehoben wurden im Zuge der freiheitlichen Tour die Konzepte in den Bereichen Sozial-, Familien-, Sicherheits- und Gesundheitspolitik. Der inhaltliche Bogen im türkis-blauen Arbeitsübereinkommen spannt sich immerhin von der Stärkung des Hausarztssystems über die bereits beschlossene Einführung des Familienbonus Plus bis hin zur Aufstockung der Exekutive. Darüber hinaus wird im Regierungsprogramm festgehalten, dass Menschen, die arbeiten oder jahrelang einen Beitrag für Österreich geleistet haben, finanziell besser gestellt sein sollen als andere, die das nicht tun bzw. nie getan haben. In diesem Zusammenhang wird der Zuwanderung in den österreichischen Sozialstaat über den Bezieherkreis der Sozialhilfe (Mindestsicherung) von ÖVP und FPÖ eine klare Absage erteilt. All diese Maßnahmen werden sich positiv auf die Entwicklung der Grünen Mark auswirken.



Inhalt

	Seite
Interview mit Norbert Hofer	4-5
Studie beweist gefährliche Gedankenwelt und fundamentalistische „Werte“-Haltung muslimischer Flüchtlinge	6-7
Sicherheitspolitik mit blauer Handschrift!	8-9
Der demografische Wandel: Eine (un)lösbare Herausforderung?	10-11
Peter Rosegger: Die Tiefe der Steiermark	12-13
Macht braucht Kontrolle: Finanzskandale aktiv bekämpfen!	14-15
KAGes-Beratungsleistungen: Nun ist der Landesrechnungshof am Zug!	16-17
Freiheitliche fordern erste Schule für Begabte in der Steiermark!	18
Schulsikurs-Offensive von FPÖ gefordert!	18
FPÖ eilt auch auf Landesebene von Erfolg zu Erfolg!	19

IMPRESSUM

Herausgeber: FPÖ Steiermark, Hans-Sachs-Gasse 10/4, 8010 Graz, Tel.: 03167072258, E-Mail: wirsteirer@fpoe-stmk.at
Redaktionsleitung: Mag. Stefan Hermann, MBL, wirsteirer@fpoe-stmk.at

Produktion und Konzeption: Promedia, 8010 Graz, Waltendorfer Hauptstraße 109c
Layout und Grafik: Christian Wallner, 8041 Graz, Leberackerweg 1, www.wallner-media.at
Druck & Vertrieb: redmail Logistik & Zustellservice, 8010 Graz



TOP: FPÖ-Bundesparteiohmann und Sportminister HC Strache stellt die notwendigen Finanzmittel für neue Unterbringungsmöglichkeiten im Nordischen Ausbildungszentrum Eisenerz sicher.



FLOP: Mutiger Schritt oder völlig unangebracht? Auf jeden Fall verliert LH-Stellvertreter Schickhofer aufgrund der Inanspruchnahme des „Papa-Monats“ den Rückhalt in der eigenen Partei. Sogar der rote ÖGB-Chef Horst Schachner kritisierte, dass der SPÖ-Chef ein Monat lang bei vollen Bezügen (15.760 Euro) zu Hause blieb.

die Grüne Mark!



Bundesarzt Gottfried Sperl, Nationalratsabgeordneter Wolfgang Zanger und FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann bei einem Mediengespräch im Bezirk Murtal.



Stefan Hermann erklärte im Bezirk Liezen die Notwendigkeit einer Mindestsicherungsreform.



NAbg. Josef Riemer und LAbg. Helga Kügerl erläutern im Bezirk Leibnitz die regionalpolitisch relevanten Zielsetzungen des Regierungsprogramms.

Landespolitik sollte Regierungspläne unterstützen!

Die Freiheitlichen forderten im Rahmen der Besuche in den Regionen zudem die Bereitschaft der Landesregierung ein, die Projekte der frischgebackenen Ministerriege bestmöglich zu unterstützen. Bedauerlicherweise zeichnet sich vor allem seitens der SPÖ eine ausschließlich oppositionelle Haltung gegenüber der neuen Bundesregierung ab.

Österreicher im Mittelpunkt des Wirkens



Die Kernbotschaft, die Hannes Amesbauer, Stefan Hermann und die regionalen FPÖ-Vertreter bei allen Medien- und Stammtischterminen unterstrichen haben, war, dass die heimische Bevölkerung im Mittelpunkt der freiheitlichen Regierungspläne steht. Dieses wesentliche Merkmal der freiheitlichen Politik unterscheidet die neue Bundesregierung auch eindeutig von der abgewählten rot-schwarzen Koalitionsform.

NAbg. Hannes Amesbauer, NAbg. Walter Rauch und FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann präsentierten gemeinsam das Regierungsprogramm im Bezirk Südoststeiermark.



Interview mit Hannes Amesbauer, BA (Nationalratsabgeordneter)



Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Nationalratsabgeordneter Amesbauer! Sie sind in den vergangenen Monaten quer durch die Steiermark gefahren und haben das Regierungsprogramm vorgestellt. Was war der Beweggrund dieser Tour?

Amesbauer: Es ist uns vor allem darum gegangen, die regional- und landespolitischen Aspekte des aktuellen Regierungsprogramms hervorzuheben. Dieses Zukunftspapier enthält viele richtungsweisende Zielsetzungen, die auch auf die Steiermark positive Auswirkungen haben.

Wir Steirer: Welche Inhalte sind aus Ihrer Sicht von besonderer Relevanz für die Steiermark?

Amesbauer: Die wichtigsten Eckpunkte gehen vom Bekenntnis zum Hausarztssystem über die angekündigte Aufstockung der Exekutive bis hin zu den wichtigen Reformvorhaben im Sozialbereich. All diese Maßnahmen werden zur Entwicklung der steirischen Regionen beitragen. Zudem sind viele essentielle Projekte wie der Breitbandausbau oder die Stärkung des ländlichen Raums im Programm festgehalten.

Wir Steirer: Was sagen Sie zur Kritik der SPÖ an der bisherigen Arbeit der neuen Bundesregierung?

Amesbauer: Die peinlichen oppositionellen Gehversuche der Sozialisten zeigen, wie hoffnungslos und verzweifelt diese Partei nach ihrer ideologischen und programmatischen Linie sucht. Der teils völlig abgehobene Funktionskader der SPÖ verliert sich in marxistisch geprägten Polittheorien, während der pragmatisch orientierte Flügel im Parlamentsklub nahezu kalt gestellt ist. Von konstruktiver Kritik und einer seriösen Oppositionspolitik der roten Fraktion kann jedenfalls keine Rede sein.

Wir Steirer: Danke für das Gespräch!

Interview mit



Norbert Hofer

(Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie)



„Koraln- und Semmering-Tunnel sind unglaublich wichtige Lückenschlüsse für die Steiermark, an denen bereits gearbeitet wird.“

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wie erlebten Sie die ersten Wochen im neuen Amt?

Hofer: Es waren sehr ereignisreiche Wochen mit vielen Terminen. Das Ministerium ist sehr groß und hat viele spannende Fachbereiche: Mobilität in allen Facetten, Forschung, Post, Telekom – ich trage die Verantwortung für 48.000 Mitarbeiter, die direkt im Ministerium oder in den staatsnahen Betrieben wie ÖBB, Austrocontrol & Co beschäftigt sind.

Wir Steirer: Wo liegen generell Ihre inhaltlichen Zielsetzungen als Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie?

Hofer: Sehr spannend sind Verkehrsthemen – hier haben wir mit der geplanten Teststrecke für Tempo 140 auf Autobahnen, dem Projekt „Rechts abbiegen bei Rot“ oder der Pannestreifenfreigabe auf Autobahnen gleich zu Beginn drei Dinge gestartet, von denen ich mir viel erwarte. Persönlich bin ich als Inhaber eines Pilotenscheins natürlich sehr an der Fliegerei interessiert – auch in diesem Bereich gab es mit der Übernahme der

Infrastruktur-Investitionsprogramm 2018 für die Steiermark

A9

Pyhrnautobahn

Generalsanierung und Sicherheitsausbau Tunnel Selzthal, Wald und Pretallerkogel

Gesamtlänge: 3 Tunnel ca. 4,3 Kilometer / Gesamtkosten: 64 Millionen Euro / Baubeginn September bzw. November 2016 / Geplante Fertigstellung Februar bzw. April 2018

Seit Herbst 2016 erneuert die ASFINAG die drei Tunnel Selzthal (ca. ein Kilometer), Wald (2,8 Kilometer und Pretallerkogel (500 Meter), wobei insbesondere die Sicherheitstechnik ausgetauscht und zusätzliche Fluchtwege eingebaut werden. Die Gesamtinvestition beträgt 64 Millionen Euro, davon entfallen auf den Selzthaltunnel 26 Millionen.

Generalsanierung Gleinalmtunnel

Gesamtlänge 8,3 Kilometer / Gesamtkosten: ca. 80 Millionen Euro / Baubeginn September 2017 / Geplante Fertigstellung Ende 2019

Seit September 2017 bis Ende 2019 läuft die Generalsanierung des mehr als 40 Jahre alten Gleinalmtunnels. Die Neubauröhre wird in dieser Zeit im Gegenverkehr betrieben. So wie auch die neu gebaute Tunnelröhre erhält der 8,3 Kilometer lange Tunnel die modernsten Sicherheitseinrichtungen.

Sanierung und Sicherheitsausbau Plabutschunnel

Gesamtlänge 10 Kilometer / Gesamtkosten: ca. 64 Millionen Euro / Baubeginn Dezember 2017 / Geplante Fertigstellung Ende 2019

Seit September 2017 bis Ende 2019 erneuert die ASFINAG die Sicherheitseinrichtungen im Plabutschunnel bei Graz (Einbau akustisches Tunnelmonitoring, Erneuerung Video, Leittechnik, Funk), zusätzlich werden 20 weitere Fluchtwege errichtet.

Generalsanierung Leibnitz bis Vogau

Gesamtlänge 8,3 Kilometer / Gesamtkosten: ca. 25 Millionen Euro / Baubeginn April 2018 / Geplante Fertigstellung September 2019

Ab April 2018 wird das Teilstück der Pyhrn Autobahn – beide Fahrrichtungen in zwei Phasen – generalrenoviert, betroffen sind Fahrbahn, neun Brücken sowie sechs Lärmschutzwände, wobei der Lärmschutz auch erweitert wird. Erneuert wird dabei auch die Anschlussstelle Vogau/Strass. Für den Verkehr stehen während der Bauarbeiten immer zwei Spuren pro Richtung zur Verfügung.

S 36 Neubau Murtal Schnellstraße Neubau St. Georgen bis Scheifling

Gesamtlänge 7,5 Kilometer / Gesamtkosten: ca. 160 Millionen Euro

Baubeginn Frühjahr 2017 / Geplante Fertigstellung Oktober 2020

Im März 2017 startete die ASFINAG mit dem zweiten Neubauteil der S 36 von St. Georgen bis kurz vor Scheifling. Der etwa 7,5 Kilometer lange Abschnitt stellt einen Ausbau der B317 Friesacher Straße dar. Zum Schutz der Anrainer werden in den Ortsgebieten von St. Georgen (fertiggestellt) und Unzmarkt (in Bau) Unterflurtrassen errichtet.

A2

Südautobahn

Generaleerneuerung Graz Ost bis West 2. Phase

Gesamtlänge 6 Kilometer / Gesamtkosten 24,5 Millionen Euro
Baubeginn März 2017 / Geplante Fertigstellung September 2018

Seit März 2017 erneuert die ASFINAG das am stärksten befahrene Teilstück der A 2 Süd Autobahn in der Steiermark (mehr als 70.000 Fahrzeuge/Tag). Der knapp sechs Kilometer lange Abschnitt zwischen Graz-Ost und Graz-West wurde im Vorjahr in Fahrtrichtung Italien generalrenoviert. Dabei wurde auch die Einbindung beim Knoten Graz-West in die A 9 Pyhrn Autobahn umgebaut und dadurch sicherer gemacht.

S 7 Neubau Fürstenfelder Schnellstraße Neubau Riegersdorf bis Dobersdorf

Gesamtlänge 14,8 Kilometer / Gesamtkosten: ca. 488 Millionen Euro
Baubeginn Dezember 2017 / Geplante Fertigstellung Ende 2023

Im Dezember 2017 hat die ASFINAG den Neubau der S 7 Fürstenfelder Schnellstraße gestartet, erste Maßnahme ist die Errichtung der Baustraße. Drei große Baulose werden 2018 in Angriff genommen, der Knoten Riegersdorf, die Klappbrücken über Lafnitz und Lahnbach sowie der Tunnel Rudersdorf. Der Baustart für den Abschnitt Ost (13,6 Kilometer, Investition 160 Millionen Euro) ist für 2020 vorgesehen.





Norbert Hofer ist nicht nur Inhaber eines Pilotscheins, sondern insgesamt sehr an der „Fliegerei“ interessiert.

insolventen Airline „Niki“ gleich einiges zu tun. Der riesige Forschungsbereich ist in der Öffentlichkeit zwar nicht immer im Vordergrund, aber hier passieren viele spannende Projekte, die das BMVIT unterstützt. Dort wird schon heute an den Technologien der Zukunft gearbeitet.

Wir Steirer: Ein wichtiger Motor der steirischen Wirtschaft ist die Automobilindustrie. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit Ihres Ressorts mit dem steirischen Automobil-Cluster und wo sehen Sie künftige Herausforderungen für den Standort Steiermark?

Hofer: Österreich, und speziell die Steiermark, haben im Automobilbau eine lange Tradition. In den Betrieben des Automobil-Clusters wird auf Weltklasse-Niveau gearbeitet. Die Technologien für autonomes Fahren sind bereits zum Großteil entwickelt – es fehlt allerdings noch ein leistungsfähiger Daten-Highway, der für automatisiertes Fahren notwendig ist. Mit der Versteigerung der 5G-Frequenzen an die Mobilfunkunternehmen machen wir den nächsten Schritt in diese Richtung.

Wir Steirer: Mit drei privaten Bahnbetreibern führt die Steiermark im Bundesländervergleich. Sind von Seiten des BMVIT in diesem Bereich Investitionen für Erhalt und Ausbau geplant?



Hofer: Ich denke, dass in der Steiermark in den letzten Jahren – auch durch die ehemaligen Verkehrslandesräte Leo Schögl und Gerhard Kurzmann – viel in ein leistungsfähiges Schnellbahn-Netz investiert wurde, das von den Menschen auch sehr gut angenommen wird. Meine Aufgabe wird es sein, die laufenden Projekte im Bund weiter zu führen. Koralm- und Semmering-Tunnel sind unglaublich wichtige Lückenschlüsse für die Steiermark, an denen bereits gearbeitet wird.

Wir Steirer: Auch im Bereich der Forschung liegt die Steiermark nicht nur im europäischen Spitzenfeld, sondern ist das innovativste Bundesland Österreichs! Wie erklären Sie sich dieses Alleinstellungsmerkmal und wie gestaltet sich die Zusammenarbeit Ihres Ressorts mit den „Silicon Austria Labs“ mit Zentrum in Graz?

Hofer: Die Steiermark spielt tatsächlich eine überaus wichtige Rolle in der österreichischen Forschungslandschaft, nicht zuletzt auf Grund der herausragenden Arbeit der TU Graz. Vor diesem Hintergrund sind wir besonders erfreut über den in Graz geplanten Sitz des in Aufbau befindlichen Weltklasseforschungszentrums für elektronisch basierte Systeme, den „Silicon Austria Labs“. Am Standort Graz werden die Silicon Austria Labs ihren Schwerpunkt auf Querschnittsagenden wie Interoperabilität, Modellierung und Sub-System-Integration legen. Die Gründung der SAL GmbH ist für Mitte des Jahres geplant, aktuell laufen die Vorbereitungsarbeiten auf Hochtouren. Wir erwarten uns von diesem neuen Forschungszentrum einen entscheidenden Beitrag zur industriellen Standortsicherung, nicht nur in der Steiermark, sondern in ganz Österreich, der auf die vorhandenen Stärken der österreichischen Innovationslandschaft abstellt und diese gezielt zum Einsatz bringt.

Wir Steirer: Breitband Steiermark – In welchem Umfang werden im Zuge der „Breitbandmilliarde 2020“ steirische Gemeinden gefördert und wenig dicht besiedelte Gebiete angebunden?

Hofer: Ich konnte erst vor wenigen Wochen eine Ausschreibung mit einem Fördervolumen von 170 Millionen Euro starten – und zwar für die Programme „Access“ und „Backhaul“. Das Access-Programm zielt darauf ab, leistungsfähige Glasfasernetze weiter auszudehnen und damit größere Flächen mit zukunftssicherem Breitband-Internet zu versorgen. Backhaul erhöht durch die Anbindung von bestehenden und erstmals auch neuen Mobilfunkmasten sowie regionalen Netzen an das Glasfasernetz die Leistungsfähigkeit bereits bestehender Netze. Hier sind für die Oststeiermark 20 Millionen Euro, für die West- und Südoststeiermark 6,3 Millionen Euro und für die westliche Obersteiermark 6,1 Millionen Euro reserviert. Neu ist bei dieser Ausschreibung, dass bis zu 65 Prozent statt bisher 50 Prozent der Gesamtkosten gefördert werden. Ein schnelles Internet ist heute genauso ein entscheidender Standortfaktor wie die Anbindung an den Verkehr.

Wir Steirer: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner in der neuen Regierung?

Hofer: Das Klima ist sehr positiv. Ich glaube auch, dass diese Regierung in den ersten Wochen durchaus gezeigt hat, dass sie in erster Linie arbeitet und nicht streitet. Familienbonus, Sicherheitspaket, Senkung der Mehrwertsteuer bei Nächtigungen im Tourismus, Deutsch vor Schule – all das sind freiheitliche Forderungen, die wir in den Verhandlungen mit der ÖVP im Regierungsprogramm verankern konnten. Die meisten davon sind bereits in Umsetzung. Die erste Zwischenbilanz ist also sehr positiv. Natürlich gibt es auch immer wieder Kleinigkeiten, die Diskussionen verursachen – aber diese Punkte klären wir intern. Ich darf hier gemeinsam mit Kanzleramtsminister Gernot Blümel als Regierungskoordinator zusammenarbeiten. Die Stimmung in der Regierung ist ausgezeichnet!

Wir Steirer: Wir danke für das Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg!

Studie beweist gefährliche Gedankenwelt und fundamentalistische „Werte“-Haltung muslimischer Flüchtlinge

Seit Jahren sind die Vorzeichen radikal-islamischer Umtriebe in der Steiermark nicht von der Hand zu weisen – ganz im Gegenteil. Gerade die Grüne Mark stellt offensichtlich einen Nährboden für islamistische Tendenzen dar. So überlegte vor Jahren sogar die radikale Muslimbruderschaft, die auch Al-Kaida-Führungsspitzen zu ihren Mitgliedern zählt, ihr internationales Hauptquartier von London nach Graz zu verlegen. Die Religionsfreiheit wird von religiösen Fanatikern zunehmend dazu missbraucht, Angst und Schrecken zu verbreiten.

Die jahrelange Realitätsverweigerung der schwarz-roten Entscheidungsträger äußert sich heute unter anderem darin, dass etwa elf der 20 Grazer Moscheen als radikal einzustufen sind. Zudem stellen radikalisierende muslimische Religionslehrer längst keine Seltenheit mehr dar. Die größte Gefahr sind allerdings islamistische „Gefährder“, alleine in der Steiermark sind rund 50 Personen dieser Gruppe zuzurechnen.

Bisher wurden sämtliche freiheitliche Warnungen in den Wind geschlagen, doch nun zeigt sich

offenkundig und einmal mehr die immer tiefer werdende Kluft zwischen hartgesottene Sozialromantikern und der tatsächlichen



Islam-Wissenschaftler Ednan Aslan
von der Universität Wien

Gedankenwelt vieler muslimischer Asylwerber. Im Auftrag der Landeshauptstadt Graz erstellte der renommierte Islam-Wissenschaftler Ednan Aslan eine Studie über muslimische Flüchtlinge in Graz. Insgesamt wurden 288 Personen aus elf Asylunterkünften befragt. **Diese Umfrage förderte teils erschreckende Ergebnisse zu Tage:**

Einstellung vieler muslimischer Flüchtlinge ist mit unserer Gesellschaftsordnung nicht kompatibel: Überlegenheit des Islams gegenüber anderen Religionen ist für 51,6% der Befragten unstrittig, 55,2% glauben an die Höllenstrafe für Ungläubige, 44,2% empfinden die jüdische Religion als schädlich für die Welt.

Schockierende Islam-Studie

Die Umfrageergebnisse einer Studie, bei der 288 muslimische Flüchtlinge befragt wurden.

Die Überlegenheit des Islams anderen Religionen gegenüber ist unstrittig.

JA: 51,6%

Ungläubige erwartet die Höllenstrafe.

JA: 55,2%

Die Juden haben zu viel Einfluss auf der Welt.

JA: 46,3%

Juden sind an ihrer Verfolgung selbst schuld.

JA: 43,3%

Die jüdische Religion ist schädlich für die Welt.

JA: 44,2%

Juden kümmern sich um niemanden außer sich selbst.

JA: 54,5%

Homosexualität ist eine unmoralische Lebensweise.

JA: 51,7%

Homosexualität ist eine zu bestrafende Sünde.

JA: 50%

Gewalt gegen Frauen, die ihren Mann betrügen, ist gut.

JA: 44,2%

Kommentar Klubobmann Mag. Stefan Hermann, MBL

Als neuer Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs durfte ich bereits in meiner ersten Landtagssitzung die Landesregierung mit den Ergebnissen der Islamstudie konfrontieren. Doch einmal mehr übte man sich im beharrlichen Ignorieren sämtlicher Warnungen der FPÖ, eine dringend notwendige, inhaltliche Auseinandersetzung wurde geradezu verweigert. Sämtliche von der Landesregierung gesetzten Maßnahmen haben neben einer massiven Verschwendung von Steuergeld leider überhaupt nichts bewirkt. Anstatt beharrlich einer gescheiterten Integrationspolitik das Wort zu reden, ist SPÖ-Landesrätin Doris Kampus aufgefordert, mit derselben Beharrlichkeit gegen Steinzeitislamisten vorzugehen.

Diese Studie ist jedenfalls ein gesellschaftspolitisches Warnsignal. Im Zuge der Asylkrise sind viele Menschen nach Österreich geströmt, die unser Wertesystem vehement ablehnen. Gerade vor diesem Hintergrund ist es von zentraler Bedeutung, eine völlig neue Asylpolitik in unserem Land zu etablieren.

Die Umsetzung der im türkis-blauen Regierungsprogramm skizzierten Maßnahmen ist deshalb ein Gebot der Stunde.

Auch die steirische Landesregierung ist gefordert, gegen fundamentalistische und radikal-islamische Ansichten vorzugehen. Jeder Fremde, der mit unseren Werten und unserer Art zu leben nicht einverstanden ist, kann dieses Land gerne verlassen.

Die wichtigste Frage wurde im Zuge der Studie leider gar nicht gestellt: Ist bei der Abschiebung mit dem Flugzeug ein Fenster- oder ein Gangplatz erwünscht?

Die Studienergebnisse zeigen, dass viele muslimische Asylwerber unsere Gesellschaftsordnung nicht akzeptieren. Allen Ausländern muss klar gemacht werden, dass – solange sie sich in unserem Land befinden – die hier geltenden Regeln und Umgangsformen bedingungslos einzuhalten sind.

Vor allem die steirische Landesregierung ist gefordert, gegen fundamentalistische und radikal-islamische Ansichten vorzugehen. Allerdings muss festgehalten werden, dass damit nicht die von ihnen gelebte voreilige, verfehlte und kostenintensive Integration von Asylwerbern gemeint ist.

Im türkis-blauen Regierungsprogramm hat man bereits eindeutig die zukünftige Linie festgehalten: „Kampf gegen den politischen Islam: Österreich gewährleistet die Glau-

bens- und Religionsfreiheit, aber bekämpft den politischen Islam. Der politische Islam, der zu Radikalisierung, Antisemitismus, Gewalt und Terrorismus führen kann, hat keinen Platz in unserer Gesellschaft.“

Die politischen und gesellschaftlichen Anbietersmaßnahmen der Landesregierung verursachen jedoch eine enorme Verschwendung von Steuergeld und bewirken offenkundig überhaupt nichts, im Gegenteil, sie sind ein finanzielles Zeugnis des monumentalen Scheiterns sämtlicher Integrationsbemühungen von ÖVP und SPÖ.



SICHERHEITSPOLITIK mit blauer Handschrift!

Soldaten weiter an der Grenze!

Die freiheitlichen Verantwortungsträger im Innen- und im Verteidigungsministerium zeigen, wie vernünftige Sicherheitspolitik aussehen sollte. Im Bereich der Landesverteidigung gibt der steirische Minister Mario Kunasek die Marschrichtung vor. Er nimmt sich nicht nur der heiklen Eurofighter-Thematik proaktiv an, sondern steht auch für einen umfassenden Grenzschutz und die Attraktivierung des Grundwehrdienstes.

Keine unkontrollierte Massenzuwanderung mehr

Die Szenen, als tausende Migranten im Herbst 2015 die südsteirische Grenze überannten, sind vielen Bürgern noch heute in guter Erinnerung. Einige Politiker sprachen damals zu Recht davon, dass der „Rechtsstaat“ kurzzeitig außer Kraft gesetzt worden war. Geht es nach dem freiheitlichen Verteidigungsminister Mario Kunasek wird es nie wieder zu solchen dramatischen Szenen kommen. So unterstützt das Bundesheer nach wie vor die Exekutive bei den Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze zu Slowenien. Konkret sind derzeit rund 170 Soldaten im Assistenzeinsatz „Migration“ in der Steiermark eingesetzt.

Grundwehrdienst aufwerten!

Wichtige Bekenntnisse gab der steirische Minister unlängst auch im Zusammenhang mit den Themen Grundwehrdienst und Miliz ab. So soll die Miliz deutlich gestärkt und das Einkommen von Grundwehrdienern mittelfristig in Richtung Mindestsicherung erhöht werden.

Cyber-Crime als riesige Herausforderung

Die neue Bundesregierung hat sich dazu entschlossen, ein „Cyber-Defence-Zentrum“ zu errichten. Die Gefahr von Internetkriminalität und terroristischen Cyber-Angriffen ist mittlerweile allgegenwärtig. In dieser neuen Einrichtung soll das Bundesheer gemeinsam mit Beamten des Innenministeriums und des Bundeskanzleramts Bedrohungen aus dem Netz bekämpfen. Dieses Vorhaben zählt zu einem der sicherheitspolitischen Leuchtturmprojekte der türkis-blauen Koalition.

Grundsätzlich sind alle Vorhaben nur deshalb realisierbar, weil sich ÖVP und FPÖ zu Beginn ihrer Zusammenarbeit darauf geeinigt haben, dass in den Bereichen Sicherheit und Bildung nicht gespart wird. Damit wird dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung endlich vollends Rechnung getragen.

Kommentar

Mario Kunasek Bundesminister für Landesverteidigung

Für Frieden, Freiheit und Sicherheit!

Die öffentliche Ordnung gehört zu den Grundprinzipien eines funktionierenden Rechtsstaats. Sicherheit ist die elementare Grundlage für persönliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Ein starkes Bundesheer ist für die österreichische Sicherheitspolitik zweifelsohne von zentraler Bedeutung.

Bedauerlicherweise wurden unter den SPÖ-Ministern Gerald Klug und Norbert Darabos nicht nur zahlreiche inhaltliche Fehlentscheidungen in meinem nunmehrigen Ressort getroffen, sondern auch tiefgreifende budgetäre Einschnitte vorgenommen. Seit die neue türkis-blaue Bundesregierung nun die Verantwortung übernommen hat, steht eines ganz klar fest: das Bundesheer hat wieder einen höheren Stellenwert auf politischer Ebene. Nicht zuletzt deshalb wird es mir in meinem Ressort auch möglich sein, umfassende und zukunftsweisende Projekte zu initiieren.

Neben wichtigen Maßnahmen, wie der Einrichtung eines Cyber-Defence-Zentrums, wird es von enormer Wichtigkeit sein, die von meinem Vorgänger gestartete Personaloffensive konsequent fortzusetzen. Wir brauchen gut ausgebildete Soldaten, um den Aufgaben in den Bereichen Grenzsicherung und Katastrophenschutz entsprechend gerecht zu werden. Besonderes Augenmerk werde ich klarerweise auch weiterhin auf mein Heimatbundesland legen. So wird in der Steiermark in den nächsten Jahren definitiv kein Kasernenstandort geschlossen und es gibt Investitionen in die bestehende Infrastruktur.

Abschließend darf ich festhalten, dass es mein bedeutendstes Ansinnen bleiben wird, die Sicherheit der heimischen Bevölkerung gemeinsam mit den Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheeres zu gewährleisten.



Der demografische Wandel: Eine (un)lösbare Herausforderung?

Die Altenpflege – Das Stiefkind der Vorsorge

Die meisten Menschen machen sich recht früh in ihrem Leben Gedanken über die eigene Zukunft. In weiser Voraussicht werden bereits in jungen Jahren langfristige Sparverträge oder private Pensionsversicherungen abgeschlossen. Vorsorgeuntersuchungen in regelmäßigen Abständen gehören für viele Steirer zum Pflichtprogramm, eine ausgewogene Ernährungsweise ebenso. Angesichts dieses zukunftsbewussten Lebensstils ist es bemerkenswert, dass sich der Großteil der Menschen über eine Thematik kaum Gedanken macht: Den eigenen Pflegebedarf. Dessen ungeachtet müssen sich die meisten von uns irgendwann mit dem Thema auseinandersetzen. Oft geschieht dies über einen längeren Zeitraum hinweg, vor allem wenn nahe Angehörige aufgrund voranschreitenden Alters zur Bewältigung des Alltags mehr und mehr Unterstützung benötigen. Nicht selten kann sich ein Pflegebedarf aber auch über Nacht ergeben und das Leben aller Beteiligten mit einem Schlag auf den Kopf stellen. Es liegt an der Politik, die Menschen für diesen wichtigen Bereich zu sensibilisieren bzw. die entsprechenden Rahmenbedingungen sicherzustellen – und dies möglichst bald. Schließlich wird sich unsere Gesellschaftsstruktur infolge des demografischen Wandels innerhalb der nächsten Jahre und Jahrzehnte massiv verändern.

Prognosen belegen Handlungsbedarf

Aktuelle Prognosen der Landesregierung gehen davon aus, dass sich die Zahl der Pflegegeldbezieher alleine bis zum Jahr 2025 von derzeit rund 78.000 um ca. 18 Prozent

auf knapp 92.000 Personen erhöhen wird. Die meisten von ihnen werden von Angehörigen bzw. mobilen Betreuungsdiensten gepflegt werden müssen, zumal etwa 80 Prozent der Pflegebedürftigen in den eigenen vier Wänden verweilen wollen. Vor allem aber könnte sich unser derzeitiges System eine Unterbringung all dieser Menschen in stationären Einrichtungen, sprich in Pflegeheimen, nicht im Ansatz leisten. Hinzu kommen die

kontinuierliche Zunahme altersbedingter Erkrankungen und die damit einhergehenden steigenden Kosten für unser Gesundheitssystem. Darüber hinaus hat der demografische Wandel massive Auswirkungen auf einen größer werdenden Teil der „gesunden“ Bevölkerung. Schließlich steigt mit dem Durchschnittsal-

Der demografische Wandel hat massive Auswirkungen auf einen größer werdenden Teil der „gesunden“ Bevölkerung.

Nicht selten kann sich ein Pflegebedarf über Nacht ergeben und das Leben aller Beteiligten mit einem Schlag auf den Kopf stellen.





ter auch die Anzahl an Menschen mit demenzieller Erkrankung kontinuierlich an. Gerade für die pflegenden Angehörigen ergibt sich in diesen Fällen eine besonders schwierige Situation. Schließlich büßt der Erkrankte nicht nur die Fähigkeit ein, seinen Alltag selbstständig bestreiten zu können, sondern verliert nach und nach auch seine Persönlichkeit.

Lösungen sind in Sicht – bei entsprechendem politischen Willen

Die Herausforderungen im Pflegebereich werden dementsprechend nicht weniger werden. Nichtsdestotrotz brauchen die Steirer aufgrund der gegenständlichen Entwicklung keinesfalls zu verzagen. So gibt es mehrere gute Ansätze, wie man dem steigenden Pflegebedarf nachkommen wird können. Neben einer ausreichenden Anzahl an leistbaren stationären Pflegeplätzen bedarf es vor allem effizienter und flächendeckender Unterstützung für pflegende Angehörige. Der Ausbau der mobilen Pflege – wie sich prinzipiell alle politischen Lager einig sind – wird hierbei eine

zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus müssen aber auch vermehrt entsprechende Informations- und Schulungsprogramme angeboten werden. Die FPÖ Steiermark setzt sich in diesem Zusammenhang bereits seit längerem für die Einführung eines sogenannten „Pflegeführerscheines“ ein.

Der Gedanke: Professionelle Pflegekräfte könnten im Rahmen von speziellen Kursen oder auch von Hausbesuchen den Angehörigen bereits zu Beginn der Pflegesituation vermitteln, worauf es in der Betreuung nahestehender Personen zu achten gilt, welche Leistungsansprüche bestehen, wo welche Leistungen beantragt werden können und auf welche Situationen des Alltags

Die FPÖ Steiermark setzt sich für die Einführung eines sogenannten „Pflegeführerscheines“ ein.

man sich wie vorbereiten kann. In Deutschland werden derartige Unterstützungsmodelle etwa vom Deutschen Roten Kreuz angeboten und über die Krankenkassen verrechnet. Dadurch können auch finanziell weniger gut situierte Menschen diese

Leistungen in Anspruch nehmen. Derartige Projekte könnten auch in der Steiermark zur Umsetzung gelangen – sofern die zuständige Landesregierung den politischen Willen dazu findet.



Interview mit Helga Kügerl (Landtagsabgeordnete der FPÖ Steiermark)



Wir Steirer: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete Kügerl! Die Steirer werden immer älter. Welche Herausforderungen gehen mit dieser Entwicklung einher?

Kügerl: Es ist natürlich äußerst positiv, dass sich die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen weiter erhöht. Angesichts der niedrigen Geburtenrate geht damit allerdings auch eine Verschiebung der Altersstruktur einher. Machen die über 75-jährigen Steirer heute rund neun Prozent der Bevölkerung aus, wird ihr Anteil allein bis 2025 auf elf Prozent ansteigen. Dies wird zu entsprechend mehr Menschen mit Pflegebedarf führen, die allerdings immer weniger Angehörige haben, die sich um sie kümmern können.

Wir Steirer: Welche Maßnahmen müsste die Politik ergreifen, um diesen Herausforderungen begegnen zu können?

Kügerl: Die heimische Politik muss für eine ausreichend große Anzahl an Pflegeheimplätzen Sorge tragen. Da der überwiegende Teil der pflegebedürftigen Menschen in den gewohnten Wohnstrukturen verbleiben möchte, sind jedoch vor allem die mobile Pflege und Unterstützungsprogramme für pflegende Angehörige auszubauen. Um dies zu erreichen, werden in der Steiermark allerdings mehr professionelle Pflegekräfte ausgebildet werden müssen.

Wir Steirer: Die Freiheitlichen fordern in diesem Zusammenhang die Einführung eines Pflege-Lehrberufes. Welche Vorteile würde ein derartiger Ausbildungsweg bringen?

Kügerl: Durch die Einführung eines Pflege-Lehrberufes würde man einerseits auf den steigenden Bedarf an professionellen Pflegekräften reagieren und andererseits würden zusätzliche Ausbildungsstellen in der Steiermark geschaffen. Die Etablierung wäre damit bestens geeignet, den zukünftigen personellen Herausforderungen im Pflegesektor wirksam zu begegnen.

Wir Steirer: Danke für das Gespräch!

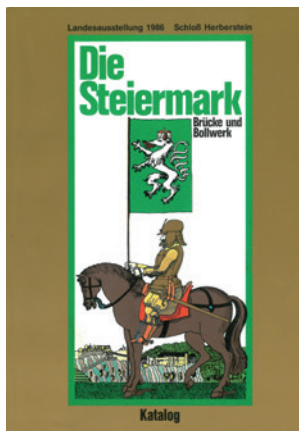
Landesausstellung NEU!

Ein Beitrag von
Gerhard Kurzmann

In allen wichtigen Bundesländern gibt es Jahr für Jahr Landesausstellungen. Es sind meist kulturhistorische Großereignisse, mit denen die Länder ihre Geschichte und Traditionen feiern. Eng verbunden damit ist häufig die Restaurierung und Revitalisierung wichtiger historischer Bauten.

In der Steiermark wurde im Jahr 2006 durch den damaligen Kulturreferenten LH Stv. Dr. Kurt Flecker (SPÖ) das Ende der Landesausstellungen eingeleitet. Er erklärte, das bisherige Konzept habe sich überlebt, „regionale Kulturfestivals“ sollten diese ersetzen. Fleckers Projekt erlitt bald darauf Schiffbruch. Seither blicken die Steirer nach Nieder- oder Oberösterreich oder in andere Bundesländer, wenn von bedeutenden Landesausstellungen die Rede ist.

Der seit kurzem im Amt befindliche neue Kulturreferent, LR Mag. Christopher Drexler (ÖVP), steht dem Projekt einer Belebung der steirischen Landesausstellungen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Wie er im Landtag erklärte, könne er sich einen gemeinsamen Kraftakt der Regierung für ein solches Projekt durchaus vorstellen. Das ist ein erfreulich offener Zugang zu einem Thema, das für die Steiermark kulturell und wirtschaftlich wichtig ist und sich vom üblichen „Krankjammern“ unterscheidet.



1986: Ein großer Erfolg: Die Landesausstellung „Die Steiermark – Brücke und Bollwerk“



III. Landtagspräsident Dr. Gerhard Kurzmann:
„Die Steiermark braucht wieder eine Landesausstellung!“ Der promovierte Historiker und Germanist bricht eine Lanze für das steirische Kultur- und Geschichtsbewusstsein.

Wir brauchen in der Steiermark wieder eine Landesausstellung:

... weil die Steiermark zumindest dieselbe kulturpolitische Bedeutung hat wie Nieder- oder Oberösterreich oder andere Bundesländer,

... weil bei der Jugend das Geschichtsbewusstsein im Allgemeinen schwindet

... und Geldmangel und Budgetnöte nicht als Ausrede für falsche Einsparungen herhalten sollten. Sonst hätte 1951(!) mitten im Wiederaufbau die erste große kulturhistorische Ausstellung in Österreich „Martin Johann Schmidt, genannt Kremser-Schmidt“ in der Minoritenkirche in Krems nicht stattfinden können.

Daher: Richtige Schwerpunktsetzungen in der Kulturpolitik und eine Wiederbelebung der großen steirischen Landesausstellungen sind gerade jetzt das richtige Signal.

Große steirische Landesausstellungen der Vergangenheit – eine Auswahl:

- 1959 Erzherzog Johann (Graz)
- 1978 Gotik in der Steiermark (St. Lambrecht)
- 1980 Musik in der Steiermark (Admont)
- 1986 Die Steiermark – Brücke und Bollwerk (Herberstein)
- 1987 Hexen und Zauberer (Riegersburg)
- 1993 Peter Rosegger (Krieglach/St. Kathrein)
- 2003 Mythos Pferd – Zauber der Lipizzaner (Piber/Köflach)

PETER Die Tiefe der

Das Rosegger-Jubiläumsjahr 2018 bringt eine Persönlichkeit ans Licht, die die steirische Kultur wesentlich bestimmt und bereichert hat. Eine Kultur, die zu Lebzeiten des Dichters (heute) slowenischen Raum und damalige Städte wie Marburg, Pettau und Cilli eingeschlossen hat, mit einem pulsierenden geistigen Zentrum, dem national-liberalen Graz.

Peter Roseggers Werk lässt uns einerseits an jahrtausendealte Traditionen erinnern: vor allem das „Ganze Haus“, die selbstgenügsame patriarchale Bauernwirtschaft, die sich in relativer Autarkie erhielt und ernährte. Zum anderen stellt es sich den Herausforderungen der modernen Welt mit ihren technischen Errungenschaften, mit Landflucht

Peter Rosegger
ZITATE ▶

Leute, die immer nach der Mode ausschauen und immer mit der Mode gehen, haben in sich keine Persönlichkeit, und ihre kleinen Flatterseelen legen sich wie Motten ins Gewand.

Christus sagt mir: kümmere dich nicht um Leute und ihre Sitten, sei du selbst. Wo ich selbst sein darf, dort atme ich auf.

In aufsteigender Linie der Kultur bin ich für den Fortschritt. In absteigender Linie bin ich gegen den Fortschritt. Weil der Fortschritt in ersterem Falle ja zur Höhe führt, in letzterem dem Abgrunde zu.

Man sollte jeden Tag so sein, fühlen und denken, als ob man am selben Morgen neu geboren worden wäre.

Ich habe mir oft gedacht, dass die Güter, die wir uns einbilden, eigentlich weitaus wesentlicher sind, als die, welche tatsächlich bestehen.

ROSEGGGER

Steiermark

und Städtewachstum. Diese Moderne will der Mann aus Alpl erträglich gestalten. So erklärt sich sein Engagement für vielfältige Reformbestrebungen.

Da ist einmal die ökologische Ebene, die vom Heimatschutz über den Naturschutz bis zum frühen Umweltschutz reicht: der Autor beklagt die schlechte Luftqualität in Graz und fordert Abhilfe. Der zunehmenden Ausbeutung der Tierwelt setzt er Appelle für den Tierschutz und die Forderung nach einem Verbot der Tierversuche und anderer Quälereien entgegen. Er wendet selbst alternative Heilverfahren an, wie Wasserheilkunde oder Homöopathie, und er spricht sich in seiner Zeitschrift „Heimgarten“ für einen einfachen und gesunden Lebensstil

ebenso aus wie für die Kleidungsreform und den Vegetarismus. Auch das positive Denken spricht er an:

„Der Mensch sollte sich immer schöne, hochgemute Vorstellungen machen, sollte stets nur wohlthuende, frohe Dinge sich einbilden. In seinem Innern sich so ein bisschen überirdische Welt herrichten, dass er ein seliges Wärmen und Leuchten habe – ich meine, das würde auch den Körper erfrischen und stärken.“

Rosegger ist allzu lang in den Holzschuhen des Alm-Peterl belassen worden, was ihn zwar für manche leicht verträglich macht, doch seiner Vielschichtigkeit und seinen radikalen Vorstellungen über die Änderung

des Lebens überhaupt nicht gerecht wird. In Anlehnung an den christlichen Philosophen Leo Tolstoi hat er sich einmal als ein „kleines Tolstoiserl“ bezeichnet. Was ihm vorschwebt, ist ein einfacher, selbstgenügsamer Lebensstil, ein Dasein ohne „Prunk und Pflanz“, aber mit innerer Tiefe. „Der vollkommene Mensch“, so schreibt er einmal, „besitzt nichts und genießt alles. Wer auf jedem Holzbalken und Steinboden so gut ruht wie auf einem Sofa, dem ist die ganze Welt voll Sofas.“

Der Grazer Historiker Reinhard Farkas hat schon zum letzten Jubiläumsjahr 2013 eine kommentierte Auswahl aus Roseggers „Heimgarten“ vorgelegt, in dem all diese Aspekte behandelt und ausgeführt sind. Die dort veröffentlichten Aufsätze, Notizen und Kommentare erschließen eine reichhaltige geistige Welt, aus der Jung und Alt mit Gewinn schöpfen können. Zum aktuellen Jubiläumsjahr erscheint im Leykam-Verlag als Koproduktion mit dem Fotografen Jakob Hiller seine Einführung in die Biografie und das Werk des Dichters mit einem Anhang illustrativer Zitate; vorgestellt werden dabei die „Rosegger-Landschaften“, die vom Alpl zum Grazer Schlossberg und vom Oberen Mürztal bis hinein ins Joglland reichen. Wer mehr über Peter Rosegger wissen möchte, dem seien diese beiden Bücher bestens empfohlen.



LITERATURTIPPS

Reinhard Farkas (Hg.): Rosegger für uns.
Zeitloses und Aktuelles aus seiner Zeitschrift „Heimgarten“. Verlag für Sammler, Graz. 392 Seiten
€ 24,90



Reinhard Farkas: Peter Rosegger. Leben – Werk – Landschaften.
Erscheint im Verlag Leykam, Graz, ca. 144 Seiten, mit zahlreichen Farbbildern
€ 24,90

Macht braucht Finanzskandale aktiv bekämpfen!

In der Landtagssitzung im Februar brachten die Freiheitlichen eine Reihe an Anträgen zur Verbesserung der Kontrollstruktur auf Kommunal-ebene in der Steiermark ein. Hintergrund ist ein unlängst veröffentlichter Prüfbericht des Landesrechnungshofes zur Gebarungskontrolle der Abteilung 7, der zahlreiche Versäumnisse seitens der schwarz-roten Landesregierung im Bereich der Gemeindeaufsicht aufzeigte.

Versäumnisse der ÖVP/SPÖ-Regierung

In der Steiermark ist die Landesregierung als Gemeindeaufsichtsbehörde für die allgemeine Aufsicht über die Gemeinden und die Durchführung von Gebarungsprüfungen zuständig. Bei ihrer Aufgabenerfüllung kann sich die Landesregierung der Bezirkshauptmannschaften bedienen. Das Land hat das Recht und die Pflicht, die Gebarung der Gemeinde auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Der Rechnungshofbericht zeigt allerdings eine Reihe an Versäumnissen seitens der schwarz-roten Landesregierung auf und verdeutlicht den dringenden politischen Handlungsbedarf. Die im Bericht festgestellten Verbesserungspotentiale griff der Freiheitliche Landtagsklub auf und verfasste basierend auf den Erkenntnissen entsprechende Initiativen.

Freiheitliche Initiativen zur Verbesserung der Kontrollstruktur

Der inhaltliche Bogen der freiheitlichen Initiativen spannte sich von einer personellen und strukturellen Reform der Gemeindeaufsicht über die regelmäßige Prüfung von Gemeindeverbänden bis hin zu einer Novellierung der Steiermärkischen Gemeindeordnung. Von zentraler Bedeutung ist die klare Aufgabenverteilung zwischen der Gemeindeaufsicht und den Bezirkshauptmannschaften bezüglich der Aufsichtsrechte und der Durchführung von Gebarungsprüfungen. Zudem erfordert die Gewährleis-

tung einer objektiven Gebarungsprüfung auch eine klare personelle Trennung von der Rechtsaufsicht. Zur Verbesserung der Gebarungskontrolle und zur Vorbeugung von finanziellen Risiken ist die Anwendung risikobasierter Kriterien unerlässlich, ebenso die Einhaltung vorgegebener Prüfintervalle. Nicht hinnehmbar ist in

diesem Zusammenhang, dass manche Stadtgemeinden das letzte Mal vor mehr als 30 Jahren von der Gemeindeaufsicht geprüft wurden. Auch im Bereich der Bedarfszuweisungen, die steirischen Kommunen gewährt werden, müssen Konkretisierungsmaßnahmen getroffen



Kontrolle

werden. Zudem muss das Spekulationsgeschäft mit öffentlichen Geldern, wie es leider immer noch in einigen Gemeinden betrieben wird, ausnahmslos verboten werden.

Kontrollmechanismen verbessern – Finanzskandale verhindern

Die sich in den letzten Jahren häufenden Finanzmiseren in steirischen Kommunen zeigten unmissverständlich auf, dass

die Prüfkompentzen und gesetzlichen Vorgaben im Kontrollbereich optimiert werden müssen. Es ist es von zentraler Bedeutung, die finanziellen Mittel in den Gemeinden effizient einzusetzen und die Gemeindegebarung in regelmäßigen Abständen auch ordnungsgemäß zu überprüfen. Durch die eingebrachten Anträge sollen die Kontrollmechanismen auf Landesebene effektiver strukturiert und riskante Geldgeschäfte von Kommunen künftig unterbunden werden.

Kommentar Bundesrat Peter Samt Obmann des Verbandes freier Gemeinderäte Steiermark

Noch immer befinden sich zahlreiche steirische Kommunen in einer finanziellen Schieflage. Aus der Praxis der Prüfungsausschusstätigkeit weiß ich, dass es in vielen, vor allem kleineren Gemeinden häufig Unklarheiten im Hinblick auf die Gemeindegebarung gibt. Neben der regelmäßigen Kontrolle muss darum auch die fachliche Unterstützung einzelner Gemeinden durch das Land Steiermark optimiert werden. Prüfungsausschussmitglieder dürfen nicht auf sich alleine gestellt bleiben. Hier muss die Gemeindeaufsicht künftig verstärkt unterstützend eingreifen, um eine lückenlose Kontrolle der Gemeindegebarung sicherstellen zu können.

Skandale wie in Hartberg oder Hart bei Graz müssen in Zukunft jedenfalls verhindert werden. Gesetzesverstöße, wie sie in diesen beiden Gemeinden begangen wurden, dürfen nicht kommentarlos unter den Tisch gekehrt werden. Die Verschleierungspolitik von Rot und Schwarz muss ein Ende haben. Vor allem bedarf es verbesserter Kontrollmechanismen, um derartige Auswüchse zu verhindern. Auffällige Entwicklungen bei Schulden oder Haftungen müssen frühzeitig erkannt und entsprechend bearbeitet werden, um drohende Finanzmiseren abzuwenden.

Gerade angesichts der großen gesellschaftlichen und infrastrukturellen Bedeutung der Kommunen ist es von enormer Wichtigkeit, die finanziellen Mittel in den Gemeinden bestmöglich einzusetzen. Die effiziente, sparsame und wirtschaftliche Verwendung von Geldern muss deshalb auch in regelmäßigeren Abständen seitens des Landes Steiermark überprüft werden. Vor allem in Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler muss eine bestmögliche Funktion der Kontrollmechanismen sichergestellt werden.





KAGes-Beratungsleistungen

Nun ist der Landesrechnungshof am Zug!

Kontrollpartei FPÖ

Dem steirischen Landtag obliegt die äußerst wichtige Aufgabe, der Landesregierung bei der Leitung und Lenkung des Landes auf die Finger zu schauen. Insbesondere die steirischen Freiheitlichen legen hierauf einen besonderen Fokus, schließlich stellen sie auch den Vorsitzenden im Ausschuss für Kontrolle. Ein entscheidendes Kontrollinstrument besteht in der Möglichkeit, an die zuständigen Landesregierungsmitglieder Anfragen zu stellen. Allerdings lässt deren Auskunftsfreudigkeit leider zu wünschen übrig.

Als Musterbeispiel dient die Weigerung des ÖVP-Gesundheitslandesrates Christopher Drexler, über die Aufwendungen der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft (KAGes) für in Auftrag gegebene externe

Beratungsleistungen im Zeitraum 2013 bis 2016 Auskunft zu geben – unter dem faden-scheinigen Vorwand, die Aufgabenbesor-gung ausgegliederter Rechtsträger unter-liege nicht dem Fragerecht des Landtages. Dass die KAGes zu 100 Prozent im Eigentum des Landes Steiermark steht und die Steirer folglich ein Recht haben, über die Ver-wendung ihrer Steuergelder umfangreich informiert zu werden, kümmert Landesrat Drexler offenbar wenig.

Drohende Intransparenz

In der Landtagssitzung vom Mai 2017 mit der Frage konfrontiert, auf welche Art und Weise die Steirer stattdessen über die Bera-tungskosten der KAGes informiert werden würden, unterblieb eine zufriedenstellende Auskunft erneut. Vielmehr ließ Landesrat Drexler mit der Aussage aufhören, künftig

bei Anfragen an sein Regierungsbüro zu entscheiden, inwiefern der Aufwand zur Be-antwortung derselben sinnvoll und für den Steuerzahler vertretbar erscheint. Dies zeugt von einem äußerst bedenklichen Demokra-tieverständnis.

Angesichts geplanter umfassender Refor-men der steirischen Spitalslandschaft ist anzunehmen, dass die KAGes die Beratung privater Unternehmen vermehrt in Anspruch genommen hat und daher die Aufwendun-gen in diesem Bereich deutlich zugenom-men haben. Um welche Summen es sich dabei handeln könnte, zeigt ein Vergleich mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV), der für das Jahr 2016 und das erste Quartal 2017 über 13 Millionen Euro für Beraterkosten aufgewendet hat.



Interview mit **Marco Triller, BA** (Landtagsabgeordneter der FPÖ Steiermark)



„Wir werden auf die Offenlegung aller für die Steirer wichtigen Informationen drängen - erforderlichenfalls mit der Unterstützung durch den Landesrechnungshof.“

Wir Steirer: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Triller! Als Nachfolger des nunmehrigen Bundesministers für Landesverteidigung Mario Kunasek haben Sie Anfang des Jahres den Vorsitz im Ausschuss für Kontrolle übernommen. Wie geht es Ihnen mit dieser neuen Position?

Triller: Eine der wichtigsten Aufgaben einer Oppositionspartei ist es, die Arbeit der Regierung kritisch zu hinterfragen und insbesondere für die nötige Transparenz zu sorgen. Die Freiheitlichen konnten in den letzten Jahren bereits zahlreiche Missstände und Verbesserungspotentiale aufdecken. Ich werde dafür Sorge tragen, dass die hervorragende Arbeit meines Vorgängers Mario Kunasek konsequent fortgeführt wird.

Wir Steirer: Die FPÖ setzt sich aktuell dafür ein, dass sowohl die Präsidentin des Rechnungshofes als auch der Direktor des Landesrechnungshofes Steiermark zukünftig im Landtag zu ihren Berichten Stellung nehmen können. Warum ist Ihnen dies ein besonderes Anliegen?

Triller: Der Rechnungshof und der Landesrechnungshof Steiermark unterstützen den Landtag Steiermark in seiner parlamentarischen Kontrollfunktion und tragen

insofern nicht nur wesentlich zu einem Mehr an Transparenz bei, sondern weisen regelmäßig auch auf Einsparungs- und Effizienzsteigerungspotentiale hin. Dementsprechend werden deren Berichte in den Sitzungen des Landtages meist umfassend diskutiert. Die Einbeziehung der beiden Kontrollorgane in den Diskussionsprozess würde zu einer weiteren Steigerung von Transparenz und Kontrolle führen.

Wir Steirer: Wie beurteilen Sie die Weigerung von ÖVP-Gesundheitslandesrat Christopher Drexler, Auskunft über die Aufwendungen der KAGES für externe Beratungsleistungen zu geben?

Triller: Insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung kommt der Möglichkeit, potentielle Fehlentwicklungen zu hinterfragen, enorme Bedeutung zu. Insofern ist auch die Aussage von Landesrat Drexler aufs Schärfste zu kritisieren, zukünftig nach eigenem Gutdünken entscheiden zu wollen, welche Anfragen der Opposition einer Beantwortung wert sind und welche nicht. Wir werden das so nicht hinnehmen und auf die Offenlegung aller für die Steirer wichtigen Informationen drängen – erforderlichenfalls mit Unterstützung durch den Landesrechnungshof.

Wir Steirer: Danke für das Gespräch!

Landesrechnungshof Steiermark wird für Klarheit sorgen

Die einzige verbleibende Möglichkeit für die Öffentlichkeit, an das entsprechende Zahlenmaterial zu kommen, war es daher, die Aufwendungen der KAGES für externe Beratungsleistungen durch den Landesrechnungshof Steiermark prüfen zu lassen. Dementsprechend haben die Freiheitlichen diesen mit der Durchführung einer Prüfung beauftragt, um die getätigten Aufwendungen endlich ans Tageslicht zu bringen.

Offen ist noch die Frage, ob der Direktor des Landesrechnungshofes dann schon die Möglichkeit haben wird, aktiv und mit Rederecht an der Diskussion über den Prüfbericht im Landtag teilzunehmen. An den Freiheitlichen wird dies jedenfalls nicht scheitern, haben diese doch aktuell einen Antrag zur gesetzlichen Verankerung dieser Möglichkeit eingebracht. Die Umsetzung dieser Forderung würde zweifelsohne eine deutliche Aufwertung der Kontrollfunktion dieses Organs bedeuten.

► Freiheitliche fordern erste Schule für Begabte in



Bildungssprecherin LABg. Hedwig Staller und FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann fordern die Einrichtung einer Schule für besonders begabte Schüler

Die Begabungs- und Begabtenförderung ist in den letzten Jahren immer weiter in den Hintergrund der bildungspolitischen Diskussion gerückt. Dabei ist die Förderung von begabten Schülern ein wichtiger Ansatz, um Talente sichtbar zu machen und Schüler bestmöglich in ihrer individuellen Entwicklung zu unterstützen. Im türkis-blauen Regierungsprogramm bekennt man sich klar dazu, Talente besser zu fördern und zu begleiten. Neben der Erarbeitung und Umsetzung einer Begabtenförderungsstrategie spricht man sich, nach dem Vorbild der „Sir-Karl-Popper-Schule“ in Wien, für die Einrichtung von Schulen für besonders begabte Schüler in allen Bundesländern aus.

Die steirische FPÖ setzt sich aktiv für das Gelingen eines bildungspolitischen Leuchtturms

► Schulsikurs-Offensive von FPÖ gefordert!

► FP-Initiative nach alarmierender Studie ► Doch Geld fehlt

Anlauf für Skikurs-Offensive

Quelle: Kronen Zeitung vom 13. Februar 2018, S. 18.

Seit Jahren ist ein eklatanter Rückgang an Schulsikursen zu verzeichnen, der einschneidende Auswirkungen auf den Tourismus hat. Einer Studie zufolge haben 2005 in der Steiermark noch 19.596 Schüler an Wintersportwochen teilgenommen, bis zum Schuljahr 2016/17 verringerte sich diese Anzahl auf 15.909. Inzwischen verzichten beinahe 20 Prozent der Neuen Mittelschulen auf eine Wintersportwoche.

Die Freiheitlichen fordern aufgrund dessen von der zuständigen ÖVP-Landesrätin Barbara Eibinger-Miedl, dass mit den jeweiligen Tourismusverbänden der steirischen Skiregionen Kontakt aufgenommen wird, um ein Konzept zur Unterstützung von Schulsikursen auszuarbeiten. Entsprechende

Maßnahmen sind auch deshalb notwendig, da immer mehr Skigebiete wirtschaftlich nicht mehr überlebensfähig sind. So hatten insbesondere kleine Liftbetriebe in den vergangenen Jahren vermehrt mit massiven finanziellen Problemen zu kämpfen, in einigen Fällen führte dieser Umstand sogar zu Schließungen. Die FPÖ versucht mit dem

aktuellen Antrag zum wiederholten Mal, eine Schulsikurs-Offensive zu initiieren und somit künftig eine Subvention für die Durchführung von Wintersportwochen sicherzustellen. Die Finanzierung dieser Offensive soll durch die Reform der Mindestsicherung sowie der Durchforstung des Förderdschungels sichergestellt werden.



der Steiermark!

projekts in der Steiermark ein und brachte einen entsprechenden Antrag ein, der nun zur Stellungnahme bei SPÖ-Bildungslandesrätin Ursula Lackner liegt. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich der Bundesregierung als Partner für die Erarbeitung eines Konzepts für Hochbegabenschulen anzubieten sowie die Grüne Mark für die Einrichtung einer solchen Schule zu bewerben.

Denn gerade die Steiermark als Wissenschafts- und Forschungsstandort ist das ideale Bundesland, um sich für die Ersteinrichtung einer entsprechenden Institution zu bewerben. Damit sollen begabte Schüler einerseits gezielt gefördert, andererseits auch ausreichend gefordert und angespornt werden, um ihre Talente bestmöglich zu entwickeln.

WIR GRATULIEREN!



Die Grazerin Andrea-Michaela Schartel wechselte vom steirischen Landtag ins Parlament. Dies ergab sich aufgrund von Mandatsverschiebungen infolge der Regierungsbildung. Sie ist aktuell Landesobfrau der Initiative Freiheitlicher Frauen (IFF) und hat bereits zahlreiche Funktionen in der Grazer Kommunalpolitik ausgeübt. Als Nationalratsabgeordnete bringt sie sich insbesondere in den Themenbereichen Soziales, Frauen und Familien ein.



Der Grazer Günter Wagner war bisher als Gemeinderat der Stadt Graz politisch aktiv und folgt nun NAbg. Schartel als Landtagsabgeordneter nach. Er wird sich vor allem in Fragen der Landeshauptstadt betreffend und in der Sportpolitik des Landes intensiv einbringen. Der neue Landtagsabgeordnete ist in der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft bereits seit Jahren fest verankert. Er war nicht nur Gemeinderat, sondern ist auch amtierender Obmann der FPÖ-Bezirksgruppe Liebenau.

► FPÖ eilt auch auf Landesebene von Erfolg zu Erfolg!

Nicht nur die Nationalratswahlen im letzten Jahr haben gezeigt, dass der Weg der FPÖ in sachpolitischen Fragen der richtige ist. Auch bei den Landtagswahlen eilt die FPÖ von Erfolg zu Erfolg.

So wurde in Niederösterreich ein Stimmenanteil von 15 Prozent erreicht, was eine Zunahme von über 6,5 Prozent darstellt. Vor allem die klaren Botschaften im Gesundheitsbereich, wo auf die Ausdünnung der Arztpraxen im ländlichen Gebiet aufmerksam gemacht wurde, wie auch die Themen Sicherheit und leistbares Wohnen fanden bei der Bevölkerung großen Zuspruch.

In Tirol erreichte die FPÖ über 15,5 Prozent. Auch hier gab es eine Steigerung des Stimmenanteils um knapp 6,2 Prozent. Die klaren Positionierungen in der Sicherheits-, Verkehrs- und Regionalpolitik werden als Grundstein für die großen Stimmenzuwächse gesehen.

Zu guter Letzt wurde auch in Kärnten gewählt. In unserem Nachbarbundesland konnten die Freiheitlichen ihr letztes Wahlergebnis ebenfalls verbessern. Mit einem Stimmen-Plus von 6 Prozent und einem Gesamtergebnis von 23 Prozent erreichte die FPÖ Kärnten den zweiten Platz.



Steiermarks sichere Zukunft


Mario Kunasek

Bundesminister für Landesverteidigung
Landesparteiobmann